

Gärtner-Zeitung

Gewerkschaftliche Zeitschrift des Allgem. Deutschen Gärtner-Vereins
(Sitz Berlin) und des Verbandes der Gärtner Österreichs (Sitz Wien)

Erscheint jeden Sonnabend.

Für Mitglieder oben genannter Verbände jede zweite Nummer mit der illustrierten Beilage „Gärtner-Fachblatt“. Mitglieder dieser Verbände erhalten beide Fachzeitschriften unentgeltlich.
** Annahmeschluss für dringende Berichte: Montag früh **

Schriftleitung und
Versand:

Berlin S 42, Luisenufer 1
Fernruf: Moritzplatz 3725

Bezugs-Bedingungen:

Vierteljährl. ohne „Gärtner-Fachblatt“ durch die Post 3.- Mk. unter Streifband 3,50 Mk. — Sonderbezug des „Gärtner-Fachblatts“ vierteljährl. durch die Post 1.- Mk. unter Streifband 1,30 Mk. — Geschäftl. Anzeigen nur im „Gärtner-Fachblatt“

Die Altonaer Gartenbauwoche.

Die vom 5. bis 9. Juli in Altona a. E. stattgefundene Gartenbauwoche war die dritte ihrer Art. Die erste fand 1912 in Bonn am Rhein statt, die zweite voriges Jahr in Breslau. Auch die Altonaer Woche kann, um das gleich vorweg zu nehmen, gleich ihren Vorläuferinnen, im allgemeinen als wohl gelungen bezeichnet werden.

Anlaß, Zweck und Art dieser Veranstaltungen dürften den meisten Lesern bekannt sein. Für diejenigen jedoch, die darüber noch nicht unterrichtet sind, sei kurz das Folgende angeführt. In den Kreisen der in irgend einem, wirtschaftlichen Aufgaben dienenden Berufsverbände zusammengeschlossenen Berufsangehörigen setzte sich stark und stärker das Bewußtsein durch, daß der Erwerbsstand der Gärtner im öffentlichen Leben nicht diejenige Stellung einnehme, die ihm auf Grund der volkswirtschaftlichen Bedeutung des Gartenbaues (Gartenbau im engeren und weiteren Sinne aufgefaßt) gebühre. Die Verbände und Vereine waren an Zahl stetig gewachsen, und die darin vereinigten Berufsgenossen hatten sich ständig vermehrt. Aber jeder Verband und jeder Verein pflegte wesentlich Sonderaufgaben; jedes gemeinsame Zusammenwirken für die großen allgemeinen Aufgaben fehlte. Aber diese allgemeinen Aufgaben heischten immer dringender der Inangriffnahme. So wurde eine ganz bestimmte Angelegenheit Anlaß zu dem ersten Vorstoß: das Streben nach Zollschutz auf Gärtnererzeugnisse. Und der Verband der Handelsgärtner Deutschlands als die hauptsächlich treibende Kraft. So kam die erste Gartenbauwoche in Bonn a. Rh. zustande, die die meisten der größeren Verbände zu gleichzeitigen Sondertagungen und zu einer gemeinsamen Tagung, letztere unter der Bezeichnung Gärtnerstag, zusammenführte. Man setzte einen Ausschuß ein mit der Aufgabe, eine Satzung auszuarbeiten, auf Grund welcher die Verbände sich körperschaftlich zu einem Reichsverbande für den deutschen Gartenbau zusammenschließen könnten. Die Arbeiten des Ausschusses führten zum Ziele, und schon die Breslauer Tagung 1913 war größtenteils eine Veranstaltung des neuen Reichsverbandes. Die Gartenbauwoche 1914 war gänzlich von dem Reichsverbande veranstaltet.

Die erste (Bonner) Gartenbauwoche wird gekennzeichnet durch folgende Verhandlungsgegenstände: Die künftigen Handelsverträge und die gärtnerische Zollfrage; Die zu schaffende Gärtnerberufsgenossenschaft; Das neue Krankenversicherungsgesetz und seine Bestimmungen für die Handelsgärtner; Handelsbräuche im Gartenbau; Gärtnerisches Ausstellungswesen; Gärtnerisches Bildungswesen; Die künstlerische Ausbildung des Gartenarchitekten; Die Fachpresse und ihre Aufgaben. Trotz dieser Vieltätigkeit bildete den Hauptinhalt der Tagung die Zollschutzfrage.

Die Breslauer war der Bonner durchaus ähnlich. Auf der einen Seite wurde aber das Fachbildungswesen verstärkt unterstrichen, und auf der anderen Seite erhielt das scheidlich-friedliche Tarifvertragswesen durch den V. d. H. D. eine unverständige und scharfmacherische Absage.

Über die Tagung in Altona hier in aller Kürze einen zusammenfassenden Bericht. Von den zurzeit 29 dem Reichsverbande angehörenden Vereinen und Verbänden hatten sich ein Stelldichein gegeben: Bund deutscher Baumschulenbesitzer; Verband der Handelsgärtner Deutschlands, Verband der Gartenarchitekten und Landschaftsgärtner im V. d. H. D., Verband der Gartenarchitekten (ein Sonderverband), Verband deutscher Gemüsezüchter, Verband der deutschen Blumengeschäftsinhaber; Deutsche Gesellschaft für Gartenkunst, Deutscher Pomologenverein, Vereinigung der gärtnerischen Fachpresse, Verband deutscher Privatgärtner und die Verbände der ehemaligen Lehranstalten (Köstritzer, Proskauer, Dresdener, Geisenheimer, Wildpark-Dahlemer). Einige dieser Ver-

einigungen tagten nur in rein geschäftlichen Sitzungen, andere fanden sich nur gesellig zusammen, und die nachbenannten hielten größere Tagungen ab, die teils durch geschlossene geschäftliche Sitzungen ergänzt wurden sowie ebenfalls mit Geselligkeitsveranstaltungen, Besuch der Gartenbauausstellung und Inaugenscheinnahme größerer Gärtnerbetriebe in der Umgebung verknüpft waren.

Die erste Tagung war die des

Verbandes Deutscher Privatgärtner.

Städtischer Obergarteninspektor Jung aus Köln sprach über „Wirtschaftliche Fürsorge im Gartenbau“. Redner rühmte einleitend die staatliche Arbeiter- und Angestelltenversicherung und ließ hier Zahlen aufmarschieren, die geeignet waren, wenig unterrichtete Zuhörer mit staunender Ehrfurcht vor dieser großartigen Staatshilfe (richtiger: staatlich unterstützte Selbsthilfe. Red. d. A. D. G. Z.) zu erfüllen. Dann zeigte Redner gewisse Selbsthilfeleistungen der Handwerkerverbände und des Kaufmannsstandes; auch des Deutschen Werkmeisterverbandes geschah ehrende Erwähnung. Die Selbsthilfebestrebungen dieser Erwerbsstände könnten und sollten auch für die Privatgärtner vorbildlich sein. Und zwar hatte es Redner auf sogenannte Erholungs-, Alters- und Invalidenheime abgesehen. Denn der Zweck seines Vortrages sollte sein: den „Grundstein“ für die Errichtung eines Alters- und Invalidenheimes durch den V. D. P. zu legen. Wie notwendig es sei, für den Gärtner im Alter zu sorgen, werde jeder selbst wissen; denn ein ehrlicher Gärtner könne von seinem Gehalt nicht soviel ersparen, um davon im Alter zu leben. Wird ein Privatgärtner aber alt, so schiebt ihn seine Herrschaft auf die eine oder andere Weise ab, so daß viele der Armenpflege anheimfallen. Tausende bleiben zeitlebens Schattenkinder. Der Staat kann da nicht immer helfen, es müsse deshalb auch vonseiten der Privatgärtner die Selbsthilfe wirksam werden, was bisher nur erst recht wenig geschehen ist. In Österreich sei man in dieser Hinsicht schon weiter, dort sei im vorigen Jahre das erste Gärtner-Invaliden- und Altersheim errichtet worden, in dem etwa 200 Personen aufgenommen werden können. Ähnliches lasse sich auch bei uns erreichen. Um die materielle und finanzielle Grundlage zu schaffen, werde sich der V. D. P. im besonderen um hocharzige Spenden vonseiten der Gartenbesitzer und Gartenfreunde bemühen. Der Staat könnte die Sache dadurch unterstützen, daß er zu dem Zwecke — eine Lotterie genehmige und das für das Heim erforderliche Gelände unentgeltlich zur Verfügung stelle.

Herr Wessolek sprach als zweiter Redner über „Die Rechtsverhältnisse in den Gärtnerbetrieben“. Die Rechtslage in der Erwerbsgärtnerie nahm Redner als durch § 154 GO. geklärt an. Dagegen herrschten für die Privatgärtner vielfach noch die Bestimmungen der Gesindeordnungen und das zwar in zahlreichen Fällen, als die Kollegen geneigt sind, dies anzunehmen. (Im Gegensatz dazu hatte Herr Jung in seinem Vortrage die eigenartige und falsche Ansicht ausgesprochen, durch das Angestelltenversicherungsgesetz seien die Privatgärtner von den Gesindeordnungen befreit worden. D. B.) Es müsse hier durch die Gesetzgebung eine Änderung geschaffen werden, und sei die Gewerbeordnung der zweckdienliche Boden. Redner erwähnte auch die Gärtnerausschüsse bei den preussischen Landwirtschaftskammern: er selbst gehöre solchem Ausschusse an, müsse aber sagen, daß diese heute nur erst bloße Dekorationsstücke sind. Die Stellung der organisierten Unternehmer zur Rechtsfrage sei heute für uns ungünstiger als sie beispielsweise 1911 war. Die unsachliche Denkschrift des Gartenbauausschusses beim Landeskulturrat f. d. Königlichem Reich habe viel Unheil gestiftet und wirke jetzt auch im V. d. H. D. Die Interessentenkreise sollten sich endlich zu-

sammenfinden, um die Dinge in zeitgemäßer Weise zu klären und zu regeln. Kinder, die am lautesten rufen, werden am ersten gehört und befriedigt. Als geeignete Stelle, um die Angelegenheit zu einer befriedigenden Lösung vorzubereiten, betrachtet er den Reichsverband für den deutschen Gartenbau. (Daß der A. D. G. V., der seither die ganze Angelegenheit führend und ausführlich begründend vertritt, in diesem Kampfe der verlässlichste Bundesgenosse auch dem V. D. P. sein müßte, zu einer solchen Folgerichtigkeit der Gedanken vermag man sich im V. D. P. offenbar nicht aufzuschwingen. Der Reichsverband soll da den Privatgärtnern helfen. Zu solchem Vertrauen gehört allerdings ein Kinderglaube und das „laute Rufen“ von Kindern. Männlicher Stolz und männliches Selbstbewußtsein vertrauen auf die eigene Kraft der Massen, die selbst unter den Zuständen leiden. D. B.)

Die Vereinigung der Gartenarchitekten und Landschaftsgärtner im V. d. H. D.

nahm Vorträge über folgende Themas entgegen: Der wirtschaftliche Zusammenschluß der Gartenarchitekten und Landschaftsgärtner, eine Lebensfrage dieses Standes; Der selbständige Gartenarchitekt und der Gartenbeamte; Handelsgebräuche der Gartenarchitekten und Landschaftsgärtner; Gartenarchitekt und Bauarchitekt; Gartenarchitekt und Baumschulenbesitzer. Zu diesen Verhandlungen wurden nur Mitglieder zugelassen. — Auch die Konkurrenzorganisation dieser Vereinigung, nämlich der

Verband der Gartenarchitekten

hielt eine Sitzung hinter verschlossenen Türen ab, hatte aber auch einen öffentlichen Vortrag mit Lichtbildern über das Thema „Volkswohlfahrtspflege auf dem Gebiete der Gartenkunst“ angesetzt. Der Zeitpunkt für diesen Vortrag lag jedoch recht ungünstig. In derselben Zeit taete nämlich auch der V. d. H. D., dessen Verhandlungen erklärlicherweise eine stärkere Anziehungskraft ausübten, und wohl alle anwesenden Erwerbsgärtner nach dorthin gezogen haben. Eine Stunde nach angesetztem Beginn hatten sich zu dem oben erwähnten Lichtbildervortrag so etwa 15 Personen eingefunden. Und der Vortrag mußte unterbleiben. Da außer den an der Versammlung des V. d. H. D. sich Betheilenden noch mehrere hundert Gärtner und Gartenbauliebhaber auf der Gartenbauwoche zugegen waren, so hätten diese ganz gut die Versammlung füllen können. Es scheint aber, daß das Thema nicht zugkräftig genug gewesen ist. Und das muß bezüglich des sozialen Sinnes der in Frage kommenden Personen bedenklich und niederdrückend stimmen.

Die Deutsche Gesellschaft für Gartenkunst

verhandelte in ihrer geschlossenen Sitzung u. a. über Beratungen mit der Deutschen Gartenbaugesellschaft zur Herbeiführung einer Zeitschriften-Gemeinschaft. Es wurde beschlossen, die Angelegenheit zunächst den Gruppen der Gesellschaft zur Prüfung und Stellungnahme zu unterbreiten. In der öffentlichen Versammlung wurden zwei recht gute Lichtbildervorträge geboten. Herr Zobel-

Darmstadt sprach über „Englische Privatgärten“ und Herr Garteninspektor Maaß-Lübeck über „Erlaubtes und unerlaubtes Grün in den Straßen“. Der letztgenannte Vortrag war besonders wertvoll in hygienischer, ästhetischer und kommunalpolitischer Hinsicht. Der Vortragende geißelte recht scharf gewisse Unarten sogenannter Gartenkunst und zeigte, wie bessere und zweckdienlichere Wirkungen zu erreichen sind. Die Darlegungen wurden ergänzt durch Ausführungen vonseiten des Geschäftsführers der Gesellschaft für Gartenkunst, Heicke-Frankfurt a. M., ebenfalls mit Lichtbildern. Die in beiden Vorträgen gebotenen Bilder waren Typen ihrer Art und kamen sehr klar und deutlich zur Geltung. (Schluß folgt.)

Wohin steuern wir?

Nachdem nun in einer Reihe von Orten, wie Düsseldorf, München, Remscheid, Solingen, Köln (im Vorjahre) usw. Tarife von drei- bzw. vierjähriger Dauer abgeschlossen sind, wirft sich für die Kollegen der tariflich geregelten Plätze die Frage auf: Was nun?

Ein großer Teil von Kollegen ist, wenn einmal geordnete Verhältnisse im Berufe herrschen, allzuleicht geneigt, seiner Organisation eine Interessenlosigkeit entgegenzubringen, die einiges Geschick der leitenden Kollegen erfordert, wenn wir nicht allzuviel darunter leiden wollen. Diese Interessenlosigkeit macht sich in der Hauptsache im schlechten Versammlungsbesuch, in der Müdigkeit bei der Kleinagitation, im Vernachlässigen der Beitragsleistung und in einigen anderen — sagen wir — Bequemlichkeiten bemerkbar. Es geht uns auf diese Weise eine Anzahl von Mitgliedern verloren, und die örtlichen Vorstände müssen sich deshalb mit der Frage beschäftigen: Wie steuern wir diesem Übel, das nun einmal mit den Verhältnissen geboren wird?

Erstens müssen wir durch wirtschaftliche sowie fachwissenschaftliche Vorträge in unseren Mitgliederversammlungen die Denktätigkeit unserer Kollegen anregen, sowie ihr Wissen bereichern. Es steht uns da eine solche Masse von Material zur Verfügung, daß nur eine geschickte Auswahl nötig ist, um den Bedarf vollauf zu decken. Gerade bei den Vorträgen in Mitgliederversammlungen wird soviel gesündigt, daß ein gut geschulter Vorstand, der vor allen Dingen auch seine Mitglieder kennen muß, dazu notwendig ist, um den Umständen Rechnung zu tragen. Ferner muß in der Auswahl der Referenten sehr gewissenhaft zu Werke gegangen werden, um uns vor Schaden zu bewahren. Ein ferneres Übel sind zum großen Teil die Ausführungen der Diskussionsredner mit ihren Wiederholungen, sowie dem Persönlichwerden. Jeder Diskussionsredner sollte nur gut durchdachte Ausführungen machen, die zur Erziehung und Bildung der Kollegen beitragen. Nur auf diese Weise werden die Kollegen für den Versammlungsbesuch interessiert.

Unterhaltungsteil

Des Reichen Sterben.

Von Arthur Naumann, Possenhofen.

Der Tod stand im Zimmer.

In allen Ecken lauerte er tückisch, bis seine Helferin, die Krankheit, ihm den Weg geebnet zu dem Leibe des Reichen, der sich da wild und unruhig in den Federn umherwälzte.

Der Arzt, der neben dem Bett stand mit ernstem Angesicht und die Krankenschwester, die geräuschlos im Zimmer herumhantierte — sie beide wußten, daß der Tod da sei. — Irgendwo! Sie sahen ihn nicht, sie fühlten seine Nähe.

„Es ist umsonst,“ kam es leise von des Arztes Lippen. „Nur noch wenige Stunden, — — —“

Er gab der Schwester noch einige Anweisungen, dann ging er aus dem Zimmer und ließ sie mit dem Kranken und dem Tod allein.

Bald wurde der Kranke wieder ruhiger und verfiel in leichten Schlummer. Die erfahrene Schwester wußte ja: jetzt schickt sich die Seele an, den zermürbten Leib zu verlassen.

Der Tod triumphierte. Gierig streckte er die dünnen Knochenarme nach seinem Opfer. Doch noch mußte er warten. Die Krankheit arbeitete noch. Das Fieber flutete durch den Körper und peinigte die fluchtbereite Seele und quälte sie.

Wie der Kalk so weiß war das Gesicht des Reichen. Und allmählich feuchtete sich die Haut vom Schweiß, und manchmal öffnete er den Mund oder hob kurz die Hand. —

Das Fieber wies der Seele Bilder aus dem Leben ihres Herrn. Und Menschen, deren Leben sich mit dem seinen berührt hatte.

— Ein wunderhübsches, schlankes Mädchlein war da einst in seinen jungen Jahren an ihm vorübergezogen. Das war eine gar Liebe, Feine gewesen. Und er hatte sie, die kaum vierundzwanzigjährige, durch seine Härtherzigkeit zur Verzweiflung und dann in den Tod getrieben.

In seines Vaters großer Gärtnerei war das gewesen. Das Mädchen arbeitete da zusammen mit ihrer Mutter den Sommer

über als Tagelöhnerin. Um ihr armseliges Leben arbeiteten die zwei Frauen. Und da hatte einstmals er, der Sohn, in jäh aufwallender Begierde nach der jungen, duftigen Menschenblume gegriffen und hatte geglaubt, er könne sie zerpflücken, weil sie ja nur eines armen Arbeiters Tochter war.

Doch die Blume mußte damals Stacheln gehabt haben, denn er lag einige Tage im Bett mit verbundenem Kopf. Als er wiederkam, war das Mädchen fort. Es hatte sich einen andern Arbeitsplatz gesucht.

Bald darauf legte sich sein Vater hinter der nahen Kirche in die Erde. Und nun war er der Herr.

An das Mädchen dachte er nicht mehr. Bis er sie eines Tages am Arme eines seiner Gehilfen auf der Straße traf. Die beiden grüßten ihn. Kurz dankte er und schaute sich nach einigen Schritten um. Da bemerkte er, daß die zwei jungen Menschenkinder stehen geblieben waren und ihm mit den Augen folgten. Und er wußte: jetzt hat sie ihm von meiner schwachen Stunde erzählt.

Da haßte er das Mädchen. Und wiederum nach einiger Zeit wurden sein Gehilfe und das Mädchen Mann und Frau.

Das Glück stand in beider Antlitz. Das blieb so einige kurze Jahre. Da kam das Schicksal. Und erhob die geballte Faust gegen die zwei Menschen mit drohender Gebärde.

Und stürzte eines Tages den jungen Gärtner, als er hoch droben in der Krone eines Baumes Äste absägte, hinunter in die Tiefe.

Und das Schicksal war grausam, da es ihm das Leben ließ und ihn dafür zum Krüppel machte.

Als man dann ihm, dem Herrn, die Mitteilung brachte von dem Unfall seines Arbeiters, zog er ein großes Buch hervor, in dem die Namen all seiner Sklaven geschrieben standen, nahm ein Lineal und zog durch den Namen des Armen fein säuberlich einen dicken Strich. Am nächsten Tage arbeitete schon ein anderer an des Verunglückten Statt.

Der war abgetan für die Lebenden. Könnte sich zu jeder Zeit hinter der nahen Kirche in die Erde legen. Niemand würde mehr nach ihm fragen.

Aber auch das gute Beispiel der älteren Kollegen im Versammlungsbesuch wirkt erzieherisch, das sollten sich besonders die Kollegen merken, die nur zur Zeit einer Lohnbewegung in der Versammlung anzutreffen sind; Versammlungen sind eines der stärksten Bande, die uns zusammenhalten. Das sollte ein jeder Kollege, dem die Verbesserung seiner Lebenslage am Herzen liegt, bedenken, und er sollte seine ihm nur persönlich betreffenden Sachen an anderen Abenden erledigen, gerade wie es auch ein Teil seiner wirklich überzeugten, ernstnehmenden Kollegen tut.

Wie alles ineinandergreift, so auch sehr eng die Kleinagitation mit dem Versammlungsbesuch. Wer nicht oder nur selten in der Versammlung anwesend ist, leistet auch nichts oder nur wenig in der Einzelagitation. Der Kleinagitation sollte auch in der friedlicheren Zeit mehr Aufmerksamkeit zugewandt werden. Als Anregung dazu könnten, wo es eben angebracht ist, öffentliche Versammlungen stattfinden, wo leitende Kollegen, in deren Köpfen die Fäden der Organisation der einzelnen Gebiete zusammenlaufen, den ersten kraftvollen Anstoß geben. Das Gebiet, wo die Agitation stattfinden soll, muß übersichtlich dargestellt, sowie die Agitation gut organisiert sein, wenn wir uns davon Erfolg versprechen wollen.

Nun kommen wir zum dritten aber auch gleich großen Übel, das aber zum größten Teil bei den Bezirkskassierern liegt. Diese sollten gerade in der ruhigen Zeit alles daran setzen, um bei den Kollegen wöchentlich zu kassieren; denn wenn ein Kollege erst einmal mehrere Wochen beitragsrückständig ist, wird es ihm immer schwerer fallen, seine Pflichten zu erfüllen. Der Bezirkskassierer sollte seine Mitglieder ständig darauf hinweisen, daß sie nur damit, indem sie ihre Beiträge entrichten, ihre materielle Pflicht erfüllen, und daß zu einem Mitgliede, das seiner Organisationspflicht genügen will, weit mehr gehört als nur Beiträge entrichten, welches ja in diesem Artikel näher hervorgehoben ist. Des weiteren sollte derselbe überhaupt bemüht sein, durch seine Überzeugung auf agitatorischem wie organisatorischem Gebiete sich die Achtung der Kollegen zu sichern. Das Zusammengehörigkeitsgefühl der Kollegen kann noch wesentlich ergänzt werden durch Veranstaltung von Festen, Ausflügen sowie Besichtigungen usw.

Kollegen! Können wir mit unseren Löhnen, die uns dieses Frühjahr die Tarifverträge gebracht haben, zufrieden sein? Nein und abermals nein. Schauen wir nur hier auf unsere Arbeitsbrüder in anderen Berufen, auf die Bauarbeiter z. B., die wohl mit der Landschaftsgärtnerei im Punkte Arbeitsleistung sowie Arbeitslosigkeit als gleiche Faktoren zu betrachten sind. 15 bis 25 Pfg. die Stunde niedriger sind die Stundenlöhne noch bei den Gärtnern im Vergleich mit den Bauberufen, laut Tarif! Müssen wir aber nicht dieselben Preise für unsere Lebenshaltung aufbringen? In Anbetracht der Tatsache, die Herr Boll-Düsseldorf in einer Lohnkommissionssitzung aussprach, daß die Gärtnerge-

hilfen mit noch viel schwierigeren Witterungsverhältnissen zu rechnen haben wie andere Berufe, woraus sich eine noch größere Arbeitslosigkeit ergibt, muß es jeder Kollege als seine größte Pflicht betrachten, nicht nur seine finanziellen Pflichten gegenüber seiner Organisation zu erfüllen, sondern mit der Organisation zu leben, keine Fäden, und seien sie noch so klein, mit der Organisation reißen zu lassen, und stets neue Kämpfer für unsere Sache zu gewinnen.

Schwere Kämpfe stehen uns noch bevor, ehe wir die Lohnhöhe von uns gleichwertigen Berufen erreicht haben, und es gilt in der etwas ruhigen Zeit für die bevorstehenden Kämpfe zu rüsten. Bringe ein jeder in der Zeit, wo für einige Jahre eine Kampfpause eingetreten ist, ein kleines Opfer; dann wird uns der Erfolg nicht ausbleiben. Arbeite ein jeder daran mit, daß wir eine achtunggebietende Macht werden, dann wird auch das von vielen Kollegen schon langersehnte Ziel, auf die Lohnhöhe der uns gleichwertigen Berufe zu gelangen, bald erreicht sein.

Kollegen, setze schon jetzt ein jeder seine ganze Kraft ein, damit wir recht bald auch als Arbeitnehmer in unserm Berufe, wenn wir verheiratet sind, ein menschenwürdiges Leben fristen können. Dieses Streben ist edel, das wird uns keiner abstreiten. Aber halten können wir es erst, wenn wir eine Macht sind. Denn Koll.gen: Wer die Macht hat, hat das Recht!

Otto Link, Düsseldorf.

Zur Politischerklärung der Gewerkschaften.

In Segeberg fand dieser Tage die Tagung der schleswig-holsteinischen Landwirte statt. Der als Gast anwesende Häuptling des Bundes der Landwirte Dr. Roesicke sagte bei dieser Gelegenheit über den Wert der Organisation: „Wer sich nicht organisiert, wird überfahren. Wir können nicht auskommen mit Parteiorganisationen, wir müssen eine Organisation haben, die den systematischen Aufbau der Kräfte fordert, und das ist die wirtschaftspolitische Organisation. Die politischen und wirtschaftlichen Fragen lassen sich heute nicht mehr trennen. Wir müssen sie im Zusammenhang behandeln.“

Das gilt natürlich nur von und für die sogen. „nationalen“ Parteien. Sie dürfen, da sie mit ihren Parteiorganisationen nicht mehr auskommen, die verschiedensten Gebilde zur angeblichen Vertretung wirtschaftlicher Interessen gründen, die aber tatsächlich nur in den Dienst ihrer Parteizwecke gestellt werden. Ist doch der ganze Bund der Landwirte nichts anderes als die wirtschaftspolitische Tochtergesellschaft der konservativen Partei und der Verband der Gemüsezüchter z. B. wieder eine Tochtergesellschaft des Bundes der Landwirte, begründet, um weitere teils bäuerische, teils gärtnerische Kreise den konservativen Partei-

Später kam die junge Frau einmal, den verdienten Lohn ihres Mannes zu holen. Viel bekam sie nicht mehr. Und er sah damals, sie ist noch immer so schön, und ihre Augen blicken noch immer so lieb und gut. Nur dahinter, da stand das Leid.

Und sie fing plötzlich zu weinen an und klagte ihre Not und bat ihn, ihren Mann doch ein wenig zu unterstützen oder ihn zu ganz leichten Arbeiten wieder einzustellen, da er doch so lange Jahre treu seine Arbeit getan in dem Geschäft. Sie allein könne nicht so viel verdienen, um ihre zwei Kinder und den kranken Mann zu ernähren.

Ein teuflischer Gedanke durchzuckte ihn da. Wie, wenn er sich nun rächen würde dafür, daß sie ihn einst so energisch zurückgewiesen hatte? — Und mit harten, kalten Worten wies er die Bittende ab. Bedachte nicht, was es wohl die Frau für Überwindung gekostet haben mochte, gerade zu ihm als Bittende zu kommen — sie, das stolze, freie Arbeiterkind.

— — — Wiederum gingen Wochen dahin. Er dachte nur höchst selten noch an das Ereignis. Wenn dies aber geschah, dann freute er sich seiner Rache. Diese Freude war ihm dann jedesmal ein reiner, ungetrübter Genuß. Und da stellte sich noch einmal die Frau in seiner Schreibstube ein. In ihrem Gesicht stand jetzt die bitterste Not geschrieben. Und sie weinte und bat und flehte für ihren Mann. Doch er blieb hart. Er kostete seine Rache bis zum Ende.

Und das kam bald. Als ihn die Frau verließ, waren ihre Tränen versiegt. Ein düsteres Flimmern stand in ihren Augen, und um ihren Mund zuckte es wie trotziges Entschlossenheit. Ihm graute doch ein wenig, als er sie so sah. Doch als sie sich noch einmal umwandte an der Tür und mit fester Stimme sprach: „— Fluch dem Kapital! — Und Fluch dir, weil du ein Reicher bist! — —“, da lachte er höhnlisch.

Am andern Morgen fand er in der Zeitung die kurze Mitteilung, daß eine Arbeiterfrau sich mit ihrem Mann und den zwei Kindern vergiftet habe, und als er dann später den Namen der Familie erfuhr, wußte er, daß er es gewesen, der der Frau den Gedanken gegeben hatte. Nur zuweilen trat später das Bild der Frau vor seine Seele, und das Gewissen mahnte: „Du hast eine Schuld!“

— — — Und jetzt schrie das Gewissen:
„Du hast eine Schuld —! — Vergeiß es nicht —! — Fluch dir, weil du ein Reicher bist — —.“

— — — Ein furchtbarer, angstdurchzitterter Schrei gellte durch das Zimmer und ließ die Krankenschwester erschreckend zum Bett hinstürzen. Der Kranke hatte die Augen offen, und daraus grinsten der Tod die Schwester an. Er hatte den Körper genommen und die Seele hinausgetrieben, die den Fluch des armen Weibes mit hinüber nehmen mußte ins Nirwana.

Arbeiterlied.

Wir marschieren ins Land,
Unsere Tritte schallen;
Manche fallen,
Aber die vielen halten stand.

Unser Leben ist schwer,
Und die Satten höhnen,
Aber wir stöhnen
Und zagen schon lange nicht mehr.

Über uns spannt sich weit
Unseres Himmels Helle;
Wir sind die Tropfen der Welle
Einer neuen Zeit.

Denn in uns ist Glück,
Denn in uns ist Freude,
Wir schauen heute
Lachend auf alle Zagheit zurück.

Wir marschieren ins Land,
Unsere Tritte schallen;
Bald wird keiner mehr fallen,
Bald hält jeder stand.

(Peter Scherr im Simplizissimus.)

zwecken dienstbar zu machen. Gegen eine solche Verquickung von parteipolitischen Bestrebungen mit angeblich wirtschaftlichen haben unsere Regierenden natürlich durchaus nichts einzuwenden.

Anders ist die Sache, wenn die reinwirtschaftlichen Organisationen der Arbeiter zur Unterstützung ihrer wirtschaftlichen Bestrebungen notwendigerweise einmal mit Parteiorganisationen sich in Verbindung setzen, dann werden sie selbst sofort zu politischen Vereinen. Denn wir leben ja in einem „Rechts“staat, wo alles danach beurteilt wird, ob es den — Rechtsparteien von Nutzen ist.

Gärtnerei „Bißmann“ in Gotha.

Nachfolgende Zeilen sollen mit dazu beitragen, die Zustände in einer Handelsgärtnerei Gothas etwas unter die Lupe zu nehmen.

Der Herr Gärtnereibesitzer Bißmann ist Herzoglicher Hoflieferant und wohnt in einem villenartigen Hause. Trotzdem läßt er seine Gehilfen in einem Raum wohnen, der alles andere ist, nur kein ordnungsgemäßes Wohnzimmer. Die Fenster sind teilweise mit Papier verklebt, und in der Decke ist ein 25 qcm großes Loch (wohl, damit die Gehilfen nicht ersticken). Einen Ofen weist das Zimmer nicht auf. Wie sich da die Kollegen im Winter erwärmen sollen, ist uns ein Rätsel. Waschgelegenheit ist im Zimmer auch nicht vorhanden; die Kollegen müssen sich vielmehr im Kesselraum waschen.

Über das Essen wurde auch wiederholt geklagt. Ein beliebter Ausspruch der Frau Meisterin ist: „Die Gehilfen mögen sich um das Essen raufen, mehr gibt es doch nicht.“ Daß unter solchen Umständen die Kollegen nicht lange in dem Betriebe verbleiben, ist weiter kein Wunder.

Hoffentlich tragen die paar Zeilen dazu bei, die Mißstände abzuschaffen.

Kollegen von Gotha, hinein in den A. D. G. V.! Denn nur vereinigt sind wir die Macht, solche Mißstände abzuschaffen.

B.

Aus Münster in Westfalen.

Am 13. Juli hielten die „Christlichen“ in Münster i. W. eine öffentliche Versammlung ab, mit Cl. Seidensticker als Referenten über das Thema: „Der D. G. V., die Ständesorganisation der arbeitnehmenden Gärtner.“ Die Besucherzahl von 35 Mann rekrutierte sich zum größten Teile aus Angehörigen des dortigen Lokalvereins „Viola“. Das Referat bewegte sich auf Gemeinplätzen in der Organisationsfrage. Nach belanglosen Reibereien der Christlichen mit „Viola“ bzw. Stadtgärtnerei wurde die Debatte erst lebhafter und interessanter, als vom A. D. G. V. eingegriffen wurde. Das Tatsachenmaterial des A. D. G. V. wirkte wie „ein rotes Tuch auf den Puter“ und machte die Herren „Christlichen“ gereizt und unvorsichtiger in ihren Äußerungen. Ihr Versuch, die Redner des A. D. G. V. durch „Gebrauch des Hausrechts“ zu beseitigen, scheiterte an dem lebhaften Widerspruch der Münsterer Kollegen, der ihnen zeigte, daß sie zu ohnmächtig dazu sein würden. Es halfen diesmal dem Referenten seine beliebten Kniffe nichts, alles in jesuitischer Art zu verdrehen und zu deuteln; er fand keinen Glauben bei seinen Zuhörern, deren Mehrzahl ihn glatt ablehnte und manch höhnisches Bravo hören ließ. Ja, die bösen Allgemeinen waren auch zu unhöflich und „ruppig“, einmal die Tatsachen sprechen zu lassen und keine Phrasendrescherei zu dulden.

Lumpen in freien Gewerkschaftshäusern — christliche Toleranz.

In derselben Versammlung sprach Cl. Seidensticker von Lumpen — in freien Gewerkschaftshäusern, die sie nicht in ihren katholischen Gesellenhäusern dulden würden. Nett, Herr Seidensticker, endlich einmal ein Wort wahrer Gesinnung. Ein tiefes Verständnis für die Ursachen des Proletariats. Das sind in den Augen Seidenstickers Lumpen, die infolge der brutalen kapitalistischen Profitsucht arbeits- und mittellos geworden sind und die schließlich sich auch einmal ein Vergehen zu schulden kommen lassen, um ihr und das nackte Dasein ihrer Familie notdürftig fristen zu können. Ein glänzendes Zeugnis für einen Arbeiterführer, der so die Psyche des Arbeiters erfaßt, daß er solche Arbeiter mit Lumpen bezeichnet. — Aber was sind das für Leute? In Münster wollen Angehörige des D. G. V. einen vom A. D. G. V. zwingen, in ihren Verband einzutreten. Der Kollege weigert sich, sie drohen mit Prügel und zwingen den Kollegen, Bier und Zigaretten auszugeben, und dann verhalten sie ihn doch noch. — Noch ein zweites. In der Bielefelder Stadtgärtnerei versichert der christliche Erste Gehilfe, daß er im Betriebe keinen vom A. D. G. V. dulden werde, und wenn er selbst fliegen müsse. Das wurde ihm vom dortigen „christlichen“ Vorstand aufgegeben! Das sind keine Lumpen, das sind — ehrenwerte Angehörigen des echt deutschen nationalen D. G. V.; die wollen wir ihnen gerne lassen.

L. R.

Nationaler Terrorismus.

Das bekannte konservative Blatt mit dem Kreuz vor der Stirn schrieb jüngst:

„Man sieht, der Terrorismus der sozialdemokratischen Gewerkschaften treibt immer üppigere Blüten, und es ist geradezu unerhört, daß die sozialdemokratischen Gewerkschaften sich unter dem Schutze des gegenwärtigen Rechtsstaates zu einem Staat im Staate auswachsen können. Es ist die höchste Zeit, daß dem Terrorismus der sozialdemokratischen Gewerkschaften entgegengetreten wird. Auf der Tagung der Gesellschaft für soziale Reform hat Professor Kessler ausgerufen, die Gewerkschaften hätten eine eminente Kulturarbeit verrichtet. Wie die Kulturarbeit der sozialdemokratischen Gewerkschaften aussieht, beweisen die oben erwähnten Anträge, die den Münchner Gewerkschaftskongreß beschäftigen werden und im Grunde genommen weiter nichts sind als der Ausfluß des gewerkschaftlichen Terrorismus, der die sozialdemokratischen Gewerkschaften regiert.“

Wir können der Kreuzzeitung den Schmerz über die Unzulänglichkeit unserer Gesetze nachfühlen, die immer noch keine Handhaben dafür bieten, jeden, der einen anderen zum Eintritt in eine freigewerkschaftliche Organisation auffordert, und jeden, der einen Arbeiter fragt, ob er organisiert sei, ins Zuchthaus zu stecken. Den Wünschen der Kreuzzeitung würden freilich die mittelalterlichen Strafmittel des Galgens und Rades gegen solche Schwerverbrecher noch mehr entsprechen. Aber daran ist heute leider noch viel weniger zu denken als ans Zuchthaus.

Natürlich dürften sich solche Zuchthausgesetze nur auf die freigewerkschaftlichen „Terroristen“ beziehen. Denn wenn auch die der Kreuzzeitung sehr nahestehenden konservativen Wahlterroristen, die Terroristen im gelben Lager usw. diesen Gesetzen unterstellt werden sollten, dann würden alle Zuchthäuser der Welt nicht ausreichen, um sie aufzunehmen.

Wie speziell im Lager der Gelben, über die die Kreuzzeitung die schützenden Fittiche breitet, terrorisiert wird, lehrt folgendes Schriftstück, das kürzlich von der Meckl. Volksztg. in Rostock originalgetreu veröffentlicht wurde:

Verband nationaler Handwerksgehilfen und Arbeiter.

Hamburg 5. Jetzt Borgeschstr. 5.

Hamburg, den ... Mai 1914.

Herrn, hier.

Da unser Verbandskassierer diverse Mal vergeblich zum Abholen der Mitgliederbeiträge bei Ihnen war, fordern wir Sie hiermit auf, Ihre rückständigen zehn Beiträge (4 Mk.) innerhalb drei Tagen an unser Büro einzuliefern, andernfalls wir den Betrag sofort von Ihrem Arbeitgeber einziehen werden und außerdem denselben veranlassen, Ihren Posten durch ein anderes Mitglied unseres Verbandes zu besetzen.

Hochachtend

Verband nationaler Handwerksgehilfen und Arbeiter.
Hamburg 5, Borgeschstr. 5.

I. A.: Wilh. Zehnin, Schriftführer.

Was sagt wohl die Kreuzzeitung zu diesem wirklichen Terrorismus, der ganz offen mit Bedrohungen und Erpressungen „arbeitet“? Wenn ein solcher Brief von dem Funktionär einer freien Gewerkschaft herrührte, gehörte der arme Schächer nach der Kreuzzeitung natürlich ohne weiteres ins Zuchthaus. Dem gelben Briefschreiber müßte dagegen noch eine entsprechende Belohnung zuteil werden, denn die von einem Gelben ausgehende terroristische Bedrohung und Erpressung ist selbstverständlich in den Augen der Kreuzzeitung mit ihrem feinen Rechtsempfinden und Gerechtigkeitssinn nichts anderes als eine lobenswerte nationale Tat!

Im übrigen seien unsere Leser erinnert, daß der hier in Betracht kommende nationale Verband derselbe ist, der beim diesjährigen Hamburger Landschaftstreik unsern Unternehmen die Streikbrecher geliefert hat.

Unternehmerurteile über Unorganisierte.

Die in Dortmund erscheinende „Tremonia“ veröffentlicht in ihrer Nummer vom 12. Juni zwei Urteile von Unternehmerblättern über Unorganisierte, die allgemeiner Beachtung wert sind. In der „Mitteldeutschen Arbeitgeber-Ztg.“ ruft ein Arbeitgeber seinen unorganisierten Standesgenossen zu:

„Für mich sind Anschauungen, als könne man heute noch ganz gut ohne Verband existieren, kindisch. Ich kann Arbeitgeber, die derartigen Anschauungen huldigen, nicht als existenzberechtigt und als ernste den Zeitgeist beobachtende Männer anerkennen. Es sind zumeist Egoisten, die andere für sich die Kastanien aus dem Feuer holen lassen und die Frucht ernten wollen, die andere gesät. Verabscheuungswürdige Naturen, für die der eiserne Besen vom Wegfegen von der Bildfläche wohl das Beste wäre! Die Verbandsleitung möge einmal ernstlich erwägen, wie den Fahnenflüchtigen und den Außenseitern, die nichts als Egoisten sind und nur aus egoistischen Gründen den

Verband meiden, beizukommen ist, und wie diesen der Genuß der Vorteile, die der Verband für seine Mitglieder — mitunter unter großen Opfern der letzteren — errungen, entzogen werden kann. Wer nicht mit uns ist, ist gegen uns und keiner hat das Recht, an unseren Errungenschaften teilzuhaben, der nicht in unseren Reihen steht. Eine große, dankbare Aufgabe unserer Verbandsleitung ist es deshalb, Mittel und Wege zu suchen, die alle von den Vorteilen ausschließen, die nicht in unserm Verbands sind. Ist dieser bedeutungsvolle Schritt gelungen, und er muß gelingen, so werden auch die die paar Mark Verbandsbeitrag gerne bezahlen, die sich heute davon zu drücken suchen."

Im Zusammenhang damit verweist die „Tremonia“ auf eine Ausschluss der „Westd. Malerzeitung“ vom 29. März 1913, ebenfalls eines Unternehmerorgans, wo das Verhältnis der Organisierten zu den Unorganisierten mit folgenden Sätzen gekennzeichnet wird.

„Diese Jammergehalten, die keine Kollegialität kennen und die Gebote der Solidarität mit Füßen treten, beklagen sich über Mangel an Kollegialität, sie lehnen das Zusammenwirken mit den organisierten Berufsgenossen zu der Erziehung eines Tarifs rundweg ab. Merkwürdige Leute, diese Schmarotzerpflanzen, die die Früchte genießen wollen, ohne daß sie den Baum gepflanzt haben, die sich an den Tisch setzen, den andere gedeckt haben, die die Kastanien verzehren, die ihre organisierten Kollegen aus dem Feuer geholt haben. In dem harten opferreichen Kampfe, den die organisierten Arbeitgeber zu führen haben, haben sie die Parole „Wer nicht mit uns ist, ist wider uns!“ auf ihre Fahne geschrieben, und nach diesem Grundsatz behandeln sie auch die Unorganisierten. Wer Solidarität fordert, muß Solidarität üben, wer Kollegialität in Anspruch nimmt, der muß selbst sein Tun und Lassen nach den Geboten der Kollegialität einrichten. Aus wirtschaftlichen Gründen ist es eine Lebensfrage für jede Arbeitgeberorganisation, möglichst alle Berufsgenossen in sich zu vereinigen, da nur eine starke, lückenlose Organisation die Gewähr des Erfolges bietet; aus moralischen Gründen ist es eine Pflicht für jeden Arbeitgeber, durch seinen Beitritt zur Organisation dafür zu sorgen, daß die Organisation lückenlos dasteht. Hieraus ergibt sich die Stellung der organisierten Arbeitgeber zu ihren unorganisierten Kollegen ganz von selbst. Sollten wir etwa auf die Unkollegialität, auf das Schmarotzertum eine Prämie setzen? Das wäre ein ganz unbilliges Verlangen und ein Hohn auf die soziale Moral.“

Die hier vertretene Auffassung deckt sich vollständig mit der unsrigen. Auffallend aber ist, daß gerade die „Westd. Malerztg.“ den Unorganisierten so ins Gewissen redet. Ist sie doch das Organ derjenigen Unternehmer, die dem Reichstarif für das Malergewerbe ablehnend gegenüberstehen. Wie dem aber auch sei. Jedenfalls muß für die Arbeitnehmer dasselbe Recht in Anspruch genommen werden, das man den Arbeitgebern einräumt. Deshalb werden beide Unternehmerorgane sicherlich alles aufbieten, um in ihren Leserkreisen das Vorurteil gegen die Arbeiterorganisationen, das noch vielfach angetroffen wird, zu beseitigen.

Ein Urteil über die Kulturarbeit der Gewerkschaften.

In der Generalversammlung der „Gesellschaft für soziale Reform“ (am 9. Mai zu Berlin) hat Herr Professor Dr. Kehler aus Jena einen Vortrag gehalten, der das Mißfallen, man kann wohl sagen die flammende Entrüstung der Scharfmacher und Scharfmacherkulis hervorgerufen hat. Besonders sind es folgende Sätze, die wie eine Bombe eingeschlagen haben:

„Die deutschen Gewerkschaften der Arbeiter und Angestellten umfassen heute fast vier Millionen Mitglieder. Sie sind weit über die Grenzen Deutschlands hinaus vorbildlich geworden durch die Straffheit ihres Aufbaues, durch die Gewissenhaftigkeit ihrer Verwaltung, durch die unermüdete Tätigkeit in der Fürsorge für ihre Mitglieder, durch die Erziehung ihrer Mitglieder auf dem Gebiet der staatsbürgerlichen Erziehung. Sie haben die deutschen Arbeiter bewahrt vor dem Syndikalismus, den wir in Frankreich sehen, sie haben das deutsche Gewerbe bewahrt vor dem Unfug der Sabotage und der direkten Aktion. Sie haben in Deutschland das beste Tarifwesen der Welt ausgebildet. Sie haben eine Kulturarbeit ersten Ranges geleistet und leisten sie, ohne daß ihnen jemand dafür dankt. Und trotzdem schweben sie rechtlich in der Luft, sie stehen rechtlich schlechter als jeder kleine Kegel- oder Vergnügungsverein. Sie werden von der Rechtsprechung, vorsichtig gesagt — hart angefaßt. Denken Sie nur an die Versuche, diese Organisation der deutschen Arbeiterschaft unter den Erpressungsparagrafen zu bringen. Sie werden von der Verwaltung schikaniert. Sie werden von den mächtigen Unternehmerverbänden verfolgt. Sie werden in ihrer Arbeit gelähmt durch die künstliche Züchtung von gelben Gewerkschaften, über deren Existenzberechtigung sich streiten ließe,

wenn sie überall ohne die Hilfe der Unternehmer entstünden. Angesichts dieser Bedeutung der Koalitionen für unser ganzes Volks-, Wirtschafts- und Kulturleben und dieser traurigen Stellung, die sie in der Rechtsprechung und der Verwaltung und gegenüber der Unternehmerschaft tatsächlich haben, braucht man sich nicht zu wundern, wenn im Lager dieser Gewerkschaften radikale Töne auftauchen. Man sollte sich auch nicht wundern darüber, daß die schlichten Glieder der großen Bewegung unter Umständen bei Erregung im Einzelfall Exzesse begehen, die die Führer nicht billigen. Ich glaube, daß die Behörden, die diese Koalitionen in ihrer Wirksamkeit beeinträchtigen, sowohl gegen das Interesse von Staat, wie gegen das Interesse von Industrie handeln. Ein Staat, der eine organisiert gegliederte Bürgerschaft und keinen atominierten Haufen von Steuerzahlern haben will, und ein Gewerbe, das eine disziplinierte Arbeiterschaft haben will, sollten eigentlich an starken Verbänden interessiert sein.“

Dieses Loblied aus dem Munde eines Professors, der sich eingehend mit dem Wesen und der Tätigkeit unserer Gewerkschaften beschäftigt hat, enthält eigentlich nur einen Auszug aus den Beobachtungen, die unparteiische Nichtarbeiter gemacht haben, wenn sie die neuzeitliche Arbeiterbewegung im allgemeinen und ihre verschiedenen Strömungen im besonderen studierten. Man braucht nur einen Vergleich zu ziehen zwischen dem wirtschaftlichen, geistigen und sittlichen Tiefstand der deutschen Arbeiter vor 50 Jahren und der Entwicklungsstufe, die sie heute erklimmen haben, um die Summe von Kulturarbeit zu ermessen, die die Gewerkschaften geleistet haben.

Erst der Kuhstall, dann die Schule.

Das etwa ist der Tenor einer Eingabe, die Großgrundbesitzer in Pommern an die Regierung richteten und in der sie sich bitter darüber beklagen, daß die Schule sie hindert, die Kinder, die ihnen das Vieh hüten müssen, ausgiebig auszunutzen. Anlaß der Eingabe ist ein Regierungserlaß, der den Beginn der Schule von 6 auf 6½ Uhr früh verlegt (der ganze Schulunterricht währt nur von 6 bis 8½ Uhr!). Diese Verschiebung, die die Kinder ½ Stunde länger vor der Landarbeit bewahrt, ärgert bereits die Großagrarien derart, daß sie klagen: „Das Vieh kann dann nur eine Stunde fressen, und der Milchtrag geht dabei zurück.“ Sie behaupten aber auch: „Für die Erziehung ist das Hüten sehr wichtig“, und verraten dadurch eine pädagogische Einsicht, die ganz derjenigen entspricht, die ein alter Erlaß atmet, auf den sie sich ausdrücklich berufen und der es deshalb verdient, bekannt zu werden. Darin heißt es:

„Lesen, Schreiben, Rechnen, nebst dem Kern der Religions- und Sittenlehre umfassen den ganzen Kreis dieser Wissenschaft als hinreichend zu dem, was das Volk zeitlebens für sein zeitliches Fortkommen und sein wahres Glück allgemein notwendig hat. Wer den Kindern dieser arbeitssamen Klasse mehr aufpfropfen und selbst diese wenigen Gegenstände über einen sehr mäßigen Grad ausbauen will, macht sich eine vergebene und undankbare Mühe, auch handelt er dem wahren und großen Interesse dieser Menschen, der Ruhe der Gemüter, dem Fleiße und der Emsigkeit im Berufe und damit dem Wohle des Staates entgegen. Wenn eine große Menge Geschmack an Lektüre gewinnen, zur Liebe der Wissenschaften an sich gebracht werden sollte, so werden ihre Hände der mechanischen Arbeit, ihre Sinne der Aufmerksamkeit und Verwendung auf die ersten und dringendsten Bedürfnisse der Nation entzogen, und es wird ihr die Zufriedenheit mit den einfachsten, mühsamsten und niedrigsten Beschäftigungen beraubt werden.“

Das heißt, kurz gesagt: der beste Staatsbürger ist — soweit er kein „Edelster“ ist — derjenige, der der Unwissendste ist. „Die dümmsten Bauern haben die größten Kartoffeln“ — das ist die Einsicht, die aus den Wünschen jener pommerschen Großgrundbesitzer spricht, deren Lokalpatriotismus außerdem der Parole zu huldigen scheint: Ein echter Pommer ist im Winter so dumm wie im Sommer!

Man hüte sich indessen, zu glauben, die preußischen Regierungsorgane, denen die Sorge um den Schulunterricht der ländlichen Jugend obliegt, seien von einer Gesinnung, die achselzuckend über solche schamlose Rückwärtseri zur Tagesordnung übergeht. Wer das glaubt, kann leicht stärkere Enttäuschungen erleben, als jene pommerschen Großagrarien, die recht wohl wissen, was die Volksbildung der Regierung gilt.

Blumengeschäfte

Bestrafte Uebertretung der Sonntagsruhebestimmungen.

Vor den Schranken des Schöffengerichts in Hamburg stand vor einiger Zeit der Blumengeschäftsinhaber Hermann (Blumenhandlung am Grindel). Der Angeklagte beutete nämlich im Interesse seines Profits seine Angestellten in ganz unerhörter Weise

aus. Jeden Sonntag, morgen, auch Festtags, mußte sein Personal, Gärtner und Kranzmaacherinnen, um 7½ Uhr im Geschäft sein. Ohne sich um die Sonntagsruhebestimmungen zu kümmern, ließ er die Leute bis mittags 12 Uhr durcharbeiten. Und das Sonntag für Sonntag. Aber auch an den Wochentagen hatten die Angestellten keine geregelte Arbeitszeit. War viel zu tun, mußten sie eine einen Pfennig Entschädigung bis abends 11 Uhr arbeiten. Nicht nur, daß er die Bestimmungen über die Sonntagsruhe nicht eingehalten hatte, hatte er auch keine Überstundentabelle geführt und sich auch dadurch strafbar gemacht, daß er während der Kirchzeit an Kunden Blumen verkaufte. Hermann war im wesentlichen aller ihm zur Last gelegten Vergehen geständig. Er mußte sich immer wieder nur damit, daß er die Zeit der Sonntagsruhe von 10 bis 12 Uhr morgens dazu verwende, um die morgens eingetroffenen Schnittblumen zur Ablieferung am gleichen Tage zu verarbeiten. Würde er die von weither eingetroffenen Blumen nicht besprengen und ins Wasser stellen lassen, dann würde ihm häufig ein großer Schaden entstehen. Häufig käme es auch vor, daß am Sonntag morgen noch bis zum Mittag Trauerkränze bestellt würden, die unbedingt angefertigt werden müßten. Er gäbe ja zu, daß seine Angestellten an den Sonntagmorgen und an den Abenden häufig länger arbeiten müßten, dafür gäbe er ihnen im Sommer aber auch stets 14 Tage Ferien als Entschädigung.

Die als Zeugen vernommenen Arbeiter aus dem Geschäft des Angeklagten bekundeten dagegen, daß sie nicht nur mit der Verarbeitung der Schnittblumen beschäftigt worden seien, sondern auch mit allen vorkommenden Arbeiten.

Der Amtsanwalt verkannte nicht, daß bei den Blumenhändlern ein gewisser Notstand vorliegen möge. (I. D. Red.) Der Angeklagte habe aber doch auf jeden Fall gegen die Arbeiterschutzbestimmungen verstoßen. Da er in den letzten Jahren wegen ähnlicher Übertretungen schon zweimal vorbestraft worden sei, beantragte er eine Geldstrafe von 70 Mk., eventuell sieben Tage Gefängnis. Der Angeklagte wurde vom Gericht zu einer Geldstrafe von 50 Mk., eventuell fünf Tage Gefängnis, verurteilt.

Diese richterliche Milde wird kaum geeignet sein, den Gesetzesverächter von seiner bisherigen Praxis abzubringen, denn die 50 Mk. dürfte er mehrfach als Mehrprofit vereinnahmt haben, und so dürfte er — auch künftighin sich bei der Übertretung recht gut stehen, zumal die Anzeigeerstattung ja zur Ausnahme rechnen wird.

Ausland

Österreich.

Hand in Hand mit unsern Arbeitgebern und ohne „Politik“.

III.

(Schluß.)

Ist es wirklich nur Gimpelfang, wenn wir sagen, daß die freien Gewerkschaften nicht politisch sind, daß sie nicht sozialdemokratisch sind? Oder erklären wir sie nur deshalb als unpolitisch, um das Vereinsgesetz zu umgehen, weil wir in Österreich sonst keine Mitglieder unter 24 Jahren aufnehmen, keine Zweigvereine bilden und auch keine Verbindung mit anderen Gewerkschaften unterhalten dürften?

Die Antwort auf all diese Fragen werden wir uns schwer finden, wenn wir die Aufgaben einer gewerkschaftlichen Organisation mit den Zwecken und Zielen der sozialdemokratischen Partei vergleichen.

Es würde natürlich viel zu weit führen, hier das Programm der sozialdemokratischen Partei zu erklären; wir wollen deshalb nur kurz auf ihre Grundsätze und Ziele hinweisen.

Die sozialdemokratische Partei geht von dem Grundsatz aus, daß eine dauernde Besserung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse der Arbeiterschaft innerhalb der heutigen Gesellschaftsordnung nicht möglich ist, weil diese ganze Gesellschaftsordnung auf Ausbeutung beruht und zwar auf der Ausbeutung der arbeitenden Menschen durch die Besitzer der Produktionsmittel, also durch die Besitzer von Grund und Boden, die Besitzer der Werkstätten, Fabriken, kurzum durch alle jene, die heute als Arbeitgeber oder „Brotgeber“ gelten.

Die Ausbeutung besteht darin, daß der Arbeiter nicht den vollen Ertrag seiner Arbeit erhält, sondern nur einen kleinen Teil davon, während der Besitzer der Produktionsmittel den Hauptanteil für sich behält. Dadurch sammelt sich der Reichtum in den Händen einzelner und zwar gerade jener, die entweder gar nicht oder nur wenig arbeiten, während die große Masse der arbeitenden Menschen teils kaum das Nötigste zum Leben hat, teils bitterste Not leidet.

Nachdem nun das Privateigentum an Produktionsmitteln die Ursache alles Elends und Unrechts ist, kann dieses Elend und Unrecht nur dann verschwinden, wenn die Produktions-

mittel Eigentum der Gesamtheit werden und wenn der Ertrag der Arbeit aller auch wieder der Gesamtheit zugute kommt.

Die Überführung der Produktionsmittel aus dem Privateigentum in das Eigentum der Gesellschaft ist aber nur möglich, wenn unsere ganze heutige Gesellschaftsordnung von Grund aus umgestaltet wird.

An dieser Umgestaltung hat vor allem die Arbeiterklasse ein Interesse, während andererseits die Besitzer der Produktionsmittel den heutigen Zustand aufrecht erhalten wollen.

Darum ist der Kampf unvermeidlich geworden, und die Aufgabe der Sozialdemokratie ist es, die Arbeiter mit dem Bewußtsein ihrer Lage zu erfüllen und sie zum Kampfe gegen die ganze heutige Gesellschaftsordnung in jener Hinsicht fähig zu machen. Der Endzweck dieses Kampfes ist die Umwandlung der heutigen, kapitalistischen Gesellschaftsordnung in die zukünftige sozialistische.

Um nun ihre Aufgabe innerhalb der heutigen Gesellschaft erfüllen zu können, sucht die sozialdemokratische Partei in alle Vertretungskörper einzudringen, um auf die Gesetzgebung und Verwaltung Einfluß zu gewinnen. Zu diesem Zwecke sucht sie für Arbeiter politische Rechte zu erringen, also das Wahlrecht in Staat, Land und Gemeinde.

Die politischen Rechte aber dienen nur dazu, den Kampf gegen die ganze heutige Ordnung auf allen Gebieten im Interesse der Arbeiterklasse führen zu können. Die sozialdemokratische Partei erklärt den fortwährenden Kampf gegen die ganze heutige Ordnung für unerlässlich, sie kennt keinen Frieden, bevor der Endzweck dieses Kampfes erreicht ist.

Worin bestehen nun die Aufgaben der Gewerkschaften? Die einzelne Gewerkschaft hat die Aufgabe, für die Angehörigen eines bestimmten Berufes bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erkämpfen und Verschlechterungen zu verhindern.

Die Gewerkschaft als solche steht auf dem Boden der heutigen Gesellschaftsordnung; das Ziel ihres Kampfes ist nicht der Umsturz der bestehenden Gesellschaftsordnung, sondern der — Abschluß eines besseren Arbeitsvertrages (Kollektivvertrages), dessen Gültigkeit in der Regel mehrere Jahre währt. Während der Dauer des Vertrages ruht der Kampf, das ist für die Gewerkschaft die Friedenszeit.

Die Gewerkschaft geht also nicht darauf aus, den Unternehmer als solchen auszuschalten, sondern schließt mit ihm Verträge.

Daraus ergibt sich ohne weiteres, daß in der gewerkschaftlichen Organisation jeder Arbeiter desselben Berufes seinen Platz findet, auch wenn er kein Sozialdemokrat ist.

Gewiß kann auch in der gewerkschaftlichen Organisation die Gesinnung des einzelnen nicht als ganz nebensächlich betrachtet werden; aber man muß noch nicht ein Gegner der ganzen heutigen Gesellschaftsordnung sein, um so viel Ehrgefühl zu besitzen, daß man nicht gegen das Interesse seiner Berufskollegen handelt, daß man sich nicht feige und selbstsüchtig seinen Verpflichtungen gegen die Gesamtheit entzieht.

Aus all dem Gesagten ergibt sich aber, daß eine Gewerkschaft gar nicht politisch sein kann, weil ihre Aufgaben eben andere sind, als die Aufgaben der sozialdemokratischen Partei.

Ja, eine Gewerkschaft wäre unter den heutigen Verhältnissen geradezu zur Ohnmacht verurteilt, wollte sie nur überzeugte Sozialdemokraten aufnehmen. Es liegt also im ureigensten Interesse der Gewerkschaft selbst, keine Parteipolitik zu treiben.

Anders aber steht die Sache, wenn wir die Frage aufwerfen, ob wir uns um Politik überhaupt nicht kümmern sollen.

Die abergläubische Angst vor der Politik, die man gerade unter unseren Kollegen meistens antrifft, ist nicht nur ganz unbegründet, sondern beweist nur, daß diese Kollegen ihr Interesse als Arbeitnehmer nicht zu wahren verstehen. Es genügt nicht, wenn wir uns bloß in der Gewerkschaft betätigen, wir müssen uns auch mit Politik befassen; selbstverständlich außerhalb der Gewerkschaft.

Wir müssen trachten, politisch urteilsfähiger zu werden; aber das können wir nur, wenn wir die Arbeiten der gesetzgebenden und der Verwaltungskörperschaften in der Tagespresse der verschiedensten Parteierrichtungen aufmerksam verfolgen, wenn wir uns nicht nur für Raubmorde, Einbrüche, Sittlichkeitsverbrechen, Unglücksfälle, Monarchenbesuche und allerlei Tratsch aus „höheren“ Kreisen interessieren.

Wir dürfen nicht nur jene Schund- und Bildpresse lesen, wo auf jeder Seite mindestens einer umgebracht wird, und deren Titelseite mit irgend einem schauerlichen Bild „geschmückt“ ist.

Wir dürfen unsere sauer verdienten Heller nicht jenen gewissenlosen Spekulanten in den Rachen werfen, die aus der Ausnutzung der menschlichen Dummheit ein äußerst rentables Geschäft machen.

Wenn unsere Kollegen sich in dieser Weise um Politik kümmern würden, dann bekäme man auch nicht mehr jenen fürch-

terlichen Quatsch zu hören, der gerade in unseren Kreisen als „Politik“ gilt.

Ein richtiges Urteil darüber, wer in den öffentlichen Körperschaften unser Interesse vertritt, werden wir uns aber nur bilden können, wenn wir das Verhalten der Abgeordneten bei Abstimmungen genau verfolgen; dann erst werden wir wissen, wem wir bei Wahlen unsere Stimmen zu geben haben, denn von den schönen Reden der Herren Volksvertreter haben wir nichts.

Jene Herren Abgeordneten, die zwar in den Versammlungen und auch im Parlament über die zunehmende Teuerung rasonieren, aber dabei im Parlament für jede neue Militärvorlage, für jeden Zoll auf Lebensmittel stimmen, die zwar von „Arbeiterfreundlichkeit“ überfließen, aber bei der Abstimmung über irgend ein Arbeiterschutzgesetz ihre Stimmen dagegen abgeben, die müssen wir uns merken und uns bei Wahlen stets das Sprichwort erinnern: „Nur die allerdümmsten Kälber wählen ihre Metzger selber.“

Die Vertreter der besitzenden Klassen haben heute noch die Mehrheit in allen gesetzgebenden Körperschaften; wir dürfen daher nicht allzuviel von der Gesetzgebung erwarten.

Erst, wenn wir durch die Kraft unserer gewerkschaftlichen Organisation bis zu einem gewissen Grade bessere Verhältnisse erkämpft haben, können wir auf ein gewisses Maß von gesetzlichem Schutz hoffen. Der gesetzlichen Festlegung einer in den meisten Betrieben bereits bestehenden Zustandes werden auch die Vertreter der Besitzenden keinen besonderen Widerstand entgegenstellen.

Daß dem so ist, lehrt uns ein Blick auf die Verhältnisse in anderen Berufen. Wir können aus der rechtlichen Stellung der betreffenden Berufsangehörigen geradezu auf die Stärke ihrer gewerkschaftlichen Organisation schließen.

Die rechtlichen Verhältnisse in unserm Beruf sind wohl der unwiderleglichste Beweis für diese Behauptung. **Nur ein kleiner Teil unserer Kollegen genießt den Schutz der Gewerbeordnung, die große Masse ist vollkommen rechtlos.**

Das Minimum an Arbeiterschutz und sozialer Fürsorge, das die Gewerbeordnung bietet, ist aber auch nur nebenbei für die in gewerblichen Betrieben beschäftigten Kollegen abgefallen; es ist eine Errungenschaft der organisierten Arbeiter anderer Gewerbe.

Aber selbst hier können wir einen Unterschied beobachten: Während für andere Arbeiter die Schutzbestimmungen der Gewerbeordnung tatsächlich angewendet werden, **stehen sie für den größten Teil unserer in gewerblichen Betrieben beschäftigten Kollegen bloß auf dem Papier.**

„Wo kein Kläger, da kein Richter.“ Die schönsten Gesetze haben für den Arbeiter keinen Wert, wenn nicht eine starke Organisation über ihre Durchführung wacht. Der einzelne ist auch hier machtlos; er wird es in den meisten Fällen nicht wagen, seinen Arbeitgeber wegen Übertretung der Gewerbeordnung anzuzeigen, aus Furcht, seine Arbeit zu verlieren. **Es gibt eben kein Recht für diejenigen, die nicht die Macht haben, es zu erzwingen.**

Nicht irgendeinem Gerechtigkeitsgefühl der Gesetzgeber entspringen die Gesetze, sondern sie sind nur der Ausdruck der bestehenden Machtverhältnisse. Die Machtverhältnisse entscheiden aber auch über die Art ihrer Anwendung. —

Auch in unserm Beruf kann nur eine **starke gewerkschaftliche Organisation** diese Machtverhältnisse zu unsern Gunsten verschieben. — Auch in unserm Beruf ist heute die wirtschaftliche Entwicklung so weit fortgeschritten, daß sie eine feste Grundlage für eine solche Organisation bietet. — Das größte Hindernis für ihre Ausbreitung ist die geistige Rückständigkeit unserer Kollegen, der Mangel an Aufklärung.

Schwer wird es sein, dieses Hindernis zu überwinden, aber nicht unmöglich; denn wir, die wir die notwendige Aufklärungsarbeit besorgen wollen, haben eine mächtige Bundesgenossin: **Die Lebenserfahrung der einzelnen Kollegen.** Sie predigt ihnen eindringlicher und überzeugender, als der beste Redner:

„Das Leben ist ein Kampf, in dem der Schwächere naturgemäß unterliegt, ein Kampf, in dem kein Pardon gegeben wird. Ihr seid die Schwachen, und darum seid ihr rechtlos, darum seid ihr unterdrückt. Andere waren früher ebenso schwach, wie ihr es heute noch seid; aber sie beseitigten die Ursache ihrer Schwäche, indem sie sich vereinigten, um den notwendigen Kampf mit vereinten Kräften zu führen.“

Darum macht es ebenso: **Schließt Euch zusammen, zu einer Kampforganisation!**

F. W.

Arbeitskämpfe

Die Lohnbewegung in Eisenach.

In der Wartburgstadt hatte im letzten Jahre unsere Organisation gute Fortschritte gemacht, sodaß in diesem Frühjahr eine Lohnbewegung eingeleitet werden konnte.

Wenn jedoch die Leser unserer Zeitung ein richtiges Bild von Eisenach gewinnen wollen, so müssen notwendig einige Erklärungen vorausgeschickt werden. In Eisenach bestehen nur etwa sechs bis acht Firmen, die für die Bewegung überhaupt in Frage kommen und die zusammen etwa 40 bis 45 Personen im Frühjahr beschäftigen. Den Kost- und Preiszwang kennt man dort, mit einer Ausnahme, nicht. Daraus erklärt es sich, daß die Eisenacher Kollegen einen wesentlich günstigeren Stand haben, als die Kollegen der andern thüringischen Mittelstädte. Denselben ist auch die Gesinnung der Kollegen um einige Grad radikaler, als die der Kollegen der benachbarten Orte.

Am 18. März wurden an die Unternehmer die Forderungen eingereicht, und zwar an die Vereinigten Handelsgärtner von Eisenach, zu Händen des Herrn Ed. Trunk. Diese lauteten in der Hauptsache auf einen Mindestlohn von 18 Mk. die Woche für Ausgelernte. Nach einjähriger Gehilfenzeit sollten 20 und nach zweijähriger Gehilfenzeit 22 Mk. die Woche bezahlt werden. Auf Landschaft wurden für drei Staffeln je eine Mark die Woche mehr verlangt. Für Gartenarbeiter forderten wir im ersten Jahr der Tätigkeit 35, im zweiten 38 Pfg. die Stunde. Auf unsere mit einem höflichen Begleitschreiben versehenen Forderungen ging uns am 28. März folgende Antwort zu:

„Herrn Chr. Vogelmann. Auf Ihre Zuschrift vom 18. 3. haben wir keine Veranlassung genommen, mit Ihnen in Verhandlung zu treten, laut Beschluß der Sitzung vom 23. 3. der Vereinigten Handelsgärtner hier. Wir überlassen es jedem einzelnen Gehilfen oder Arbeiter, mit seinem Arbeitgeber persönlich zu verhandeln, wie dieses bei uns gebräuchlich ist.

Im Namen der Vereinigung

Hochachtungsvoll Ed. Trunk.“

Eine sehr gut besuchte öffentliche Versammlung vom 28. März beschloß nun, daß bei sämtlichen Firmen, die kein Entgegenkommen zeigten, am 1. April geschlossen die Kündigung eingereicht werden solle. Um zu beweisen, daß wir durchaus im Frieden eine Verbesserung haben wollten, sollte der Gauleiter am 30. und 31. März mit sämtlichen fraglichen Firmeninhabern verhandeln. Am Sonntag, den 29. März wurde eifrig daran gearbeitet, auch die Obergärtner und die auf Landschaft beschäftigten Kollegen, namentlich die Ungelernten, die den Ausschlag gaben, für die Bewegung zu gewinnen. Diese sagten auch zum allergrößten Teil zu, sodaß die Sache gesichert erschien.

Es muß an dieser Stelle gesagt werden, daß die Eisenacher Ober und Ersten unserer Organisation bis dato nicht das Geringste in den Weg gelegt haben. Die Kollegen fühlen sich hier nicht als die Büttel, die die unbotmäßigen Gehilfen zur Raison zu bringen haben, sondern sie halten sich neutral, vereinzelt sind sie sogar Mitglid. Dadurch unterscheiden sich die dortigen Kollegen sehr vorteilhaft von ihren meisten Kollegen im Reiche.

Von diesen Vorgängen erlangten aber die Arbeitgeber Kenntnis, und sie drohten zumteil mit Kündigung. „Dann sind wir geschiedene Leute“, das war so ungefähr der Ausdruck, mit dem sich die älteren Kollegen ins Bockshorn jagen ließen. Daraufhin pendelten nun die Kollegen um. Unsere einheitliche Angriffsfront war durchbrochen, und diese Gelegenheit nützten die Unternehmer begreiflich (denn es handelt sich hier durchweg um verheiratete Leute, teilweise mit hoher Kinderzahl), so ist es aber doch nicht zu billigen. Ihnen hätte absolut nichts passieren können, wenn sie fest geblieben wären. Bis zu 16 Jahren waren die Kollegen in ein und demselben Betrieb tätig. Mancher Obergärtner hatte über die Kundschaft mehr Macht, als der Chef selber, und mehr als ein Betrieb wäre ohne die alten Kräfte nicht lebensfähig gewesen.

Bei den mündlichen Verhandlungen, die der Gauleiter mit den Arbeitgebern pflog, stellte sich nun heraus, daß, mit einer Ausnahme, kein Chef daran glaubte, daß es „losgehen“ könnte. Nur Herr Märtens war durchaus nicht von der Meinung abzubringen, daß wir streiken wollten. Bei der Aussprache selbst versprach die Firma Bauer eine Mark „freiwillige“ Zulage. Merkwürdig, daß die Unternehmer die Spenderhose erst dann anziehen, wenn ihnen das Feuer auf den Nägeln brennt. Nicht vergessen zu erwähnen möchte ich auch, daß Herr Märtens bei aller Wahrung seines grundsätzlichen Standpunktes stets verbindlich blieb. Als Ergebnis war hier ebenfalls eine Mark Zulage zu verzeichnen. Die Firma Bachmann stellte sich auf den Standpunkt, daß sie ganz gern das Geforderte bezahlen würde, aber das Personal solle selber kommen. Als die Kollegen von der freundlichen Einladung Gebrauch machten, meinte Herr Bachmann sen., daß er ganz gern bezahlt hätte, wenn sich „seine Leute“ von dem „einzigen Sozialdemokraten“ nicht erst hätten verhetzen lassen. Für dieses anmutige Schindluderspiel hatten aber die Kollegen kein Verständnis, und sie verließen am 15. April geschlossen die gastliche Stätte. Herr Trunk, der Vorsitzende, hatte schlauerweise, als unsere Forderung einlief, sämtlichen Beschäftigten eine Mark die Woche zugelegt, um uns damit den Wind aus den Segeln zu nehmen. Gleichzeitig legte der Herr seinem Personal den üblichen Wisch, genannt Revers vor, worin sich die Kollegen durch Unterschrift verpflichten sollten, dem A. D. G. V. nicht beizutreten. Wenn ein Mann, der durch irgend welche Umstände, in diesem Fall kraft seiner wirtschaftlichen Übermacht, andern seine Gebote aufzwingt, die offen-

bar gegen die guten Sitten und auch noch gegen das Gesetz verstoßen, so nennt man das im gewöhnlichen Leben eine Erpressung. Sagt man das aber, so kann man erleben, daß der Staatsanwalt unsereinen beim Schlafittchen nimmt. Vom Unterzeichneten auf das Unanständige dieser Handlung aufmerksam gemacht, meinte Herr T. mit strahlender Miene ungefähr: „Was schert mich das Gesetz! Da war's eben Zeit, und sie haben auch alle unterschrieben.“

Herr Lindner hatte seinen Arbeitern schon vorher den geforderten Stundenlohn bezahlt, um Stockungen zu vermeiden. Die Firma Lux bezahlte den für sie zutreffenden Wochenlohn von 22 Mk.

Herr Ruppert stellte Zulage in Aussicht, zog aber nachher sein Wort zurück. Am 15. April verließen deshalb die Kollegen geschlossen die Firma. Bei den Verhandlungen zeigte sich mitunter ein unglaublich rückständiger Krämergeist.

Eine Anzahl Arbeiter hatte sich -- krank gemeldet, um den nach ihrer Meinung unvermeidlichen Streik nicht mitmachen zu müssen. Bei Lux versagten zwei Arbeiter mit der Begründung, daß sie Mitglieder des Privatgärtnerverbandes seien und deswegen nicht streiken dürften.

Im Anschluß an unsere Bewegung etablierte sich eine neue Firma (einer von den Herren Obergärtnern), die anstandslos die von uns geforderten Löhne zahlt. Ein Zeichen, daß wir nicht zu viel verlangt haben. Wir vermuteten schon damals, daß, wenn wir nicht vollständig durchdringen, dann aber doch sicher die Nachfolger der Kollegen die höheren Löhne erhalten würden. Wir stellten deshalb unsern Artikel bis heute zurück. So ist es denn auch wirklich gekommen. Schon Mitte April wurde anfragenden Kollegen bedeutend mehr geboten, als was wir verlangt haben, und heute beziehen die Kollegen mit wenigen Ausnahmen mehr Lohn, als wir damals bereit gewesen wären, tariflich festzulegen. Der Verband ist es gewesen, der durch sein Vorgehen dem Fortschritt und dem Allgemeininteresse der Kollegen gedient hat. Sind auch hinterher noch Opfer gefallen wegen „Arbeitsmangel“, so waren diese doch nicht vergeblich. Wir sind mit dem Verlauf der Bewegung vollständig zufrieden.

Wenn man bedenkt, daß bis zum Jahre 1911 der Lokalverein „Hortologia“ alles von Bedeutung in seinen Reihen hatte, so muß man staunen, in welcher kurzer Zeit die dortigen Kollegen zu Kämpfern wurden. Der Lokalverein hat übrigens durch die Bewegung jede Bedeutung verloren, durch den genossenen Anschauungsunterricht wurde auch den Gleichgültigsten klar, daß ein Zentralverband eben doch ein wertvolles Gebilde ist.

Die bürgerliche Presse brachte allerlei irreführende Nachrichten über unsere Bewegung. Mutig und entschieden kämpfte die „Eisenacher Volkszeitung“ für unsere Interessen, klar und energisch war ihre Stellungnahme zu unsern Gunsten.

Nicht unerwähnt soll bleiben, daß auch die Unternehmer hinterher beschlossen haben, keinen Organisierten mehr einzustellen, unter keinen Umständen gar einen vom Ort selbst. Kühn, weiblickend und welterschütternd, wirklich! Als ob jemand den Unternehmern auf die Nase zu binden brauchte, daß er organisiert ist. Wir unterzeichnen noch tausend uns von der Gewalt abgepreßte Reverse und stehen umso treuer zur Organisation. Im Kriege gilt Kriegslist, auf einen Schelmen anderthalbe, das ist die beste Antwort.

Wir haben alles so eingehend geschildert, um den Kollegen draußen im Lande zu zeigen, mit welchen Schwierigkeiten wir bei unsern Kämpfen zu rechnen haben. Die Eisenacher Kollegen aber sollen sich als Wahrspruch voranleuchten lassen: „Schließt die Phalanx in dichten Reihen! Je höher uns umrauscht die Flut, je mehr mit der Begeisterung Glut dem heiligen Kampfe wir uns weihen!“
Chr. Vogelmann, Leipzig.

Bekanntmachungen

In jeder Mitgliederversammlung verlesen!

Allgemeiner Deutscher Gärtner-Verein

Hauptverwaltung: Berlin S 42, Luisenfer 1 — Fernruf: Moritzplatz, 3725 — Vorsitzender: Jos. Busch. — Postcheckkonto: Nr. 10301, Albert Lehmann, Berlin.

Bei jedem schriftlichen Verkehr ersuchen wir um deutliche Angabe der Adresse des Absenders (Name, Ort, Straße und Hausnummer).

Diese Woche ist der 30. Wochenbeitrag fällig.

Hauptverwaltung

Vorstands-Neuwahl in den örtlichen Verwaltungen!

Nach der Geschäftsordnung für die örtlichen Verwaltungen (siehe Seite 33 der Satzungen, Anhang Geschäftsordnung, Ziffer 3) ist alljährlich im Monat Juli oder August die Neuwahl des örtlichen Vorstandes vorzunehmen. Wir ersuchen, dieser Bestimmung nachzukommen.

Gauleiter für den Gau Stuttgart gesucht.

Zu Anfang September 1914 wird für den Gau Stuttgart (umfassend Württemberg, Elsaß und den südlichen Teil Badens) ein Gauleiter gesucht. Dieser wird zugleich Ortsbeamter für Stuttgart. Die Bewerber müssen mindestens vier Jahre gewerkschaftlich organisiert, in der Bewegung hervorragend tätig gewesen und organisatorisch, agitatorisch und verwaltungstechnisch befähigt sein.

Wichtig ist, daß die Bewerber mit den süddeutschen, wenn möglich mit den württembergischen Verhältnissen durchaus vertraut sind.

Jeder Bewerber hat eine Arbeit zu liefern, deren Thema sofort von der Hauptverwaltung einzufordern ist.

Die Bewerbung ist mit Einsendung des Mitgliedsbuches und einem kurzen Lebenslauf bis spätestens 8. August 1914 mit der Aufschrift „Bewerbung“ an die Hauptverwaltung einzureichen.

Die Anstellung erfolgt nach den Beschlüssen der Generalversammlung 1912.

Die Stellung wird durch die Kündigung seitens des jetzigen Gauleiters, Kollegen Aug. Albrecht, frei.

Der Hauptvorstand.

I. A.: Josef Busch.

Quittung der Hauptkasse für die Zeit vom 7.—13. Juli:

Teilzahlungen für das II. Vierteljahr: Köln 100, Kissingen 134, Hannover 50, Würzburg 15, München 176,41, Stuttgart 100, Düsseldorf 250 Mk. Restbetrag der Abrechnung: Nürnberg, Koblenz, Herne, Stettin, Wilhelmshaven, Lüdenscheid, Remscheid, Krefeld, Barmen, Mannheim und Köln. Alb. Lehmann.

Gaue und Ortsverwaltungen

Berlin, Ortsverwaltung. Die nächste Delegiertenversammlung findet Freitag, den 24. Juli 1914, abends 8½ Uhr, im Berliner Gewerkschaftshaus, Saal 3, statt. Auf der Tagesordnung steht: 1. Quartalsbericht und Neuwahl des Ortsvorstandes. 2. Die Technik auf unsern Bezirksvergnügen. 3. Wahl eines Komitees für das Fest der Ortsverwaltung am 18. Oktober 1914. 4. Anträge und Verschiedenes.

Essen. Das Vereinslokal befindet sich von jetzt ab: Rest. Grob-Essen, Steelerstr. (am Steeler Tor). Versamml. 14 tällig.

Mannheim, Ortsverwaltung. Samstag, den 1. August, abends punkt 9 Uhr, findet im Lokal Busselmeier S. 4, 8, unsere Generalversammlung mit folgender Tagesordnung statt: 1. Geschäftliches. 2. Geschäftsbericht: a) des Vorstandes, b) des Kassierers, c) der Revisoren, d) des Bibliothekars. 3. Anträge. 4. Vorstandswahl. 5. Verschiedenes.

An die Mitglieder ergeht der Ruf, zahlreich zu erscheinen. Die angeschlossenen Zahlstellen werden ersucht, einen Delegierten zu entsenden.

Worms a. Rh. Die Mitgliedskarte Nr. 67 067 des Kollegen Gustav Schmitt, geb. 15. April 1894, eingetreten 28. Nov. 1913 in Ludwigshafen, wurde von einem durchreisenden Unorganisierten gestohlen. Es wird ersucht, falls jemand mit dieser Karte vorspricht, ihm dieselbe abzunehmen und sofort an die Hauptverwaltung zu berichten.

Verband der Gärtner Österreichs

Alle Sendungen sind zu richten: Wien IX./4, Nußdorferstraße 26-28.

Sprechstunden u. Stellennachweis im Verbandslokal (Eingang um die Ecke, Bindergasse 2): Jeden Dienstag, vormittags von 9 bis 12 Uhr, abends von 7 bis 10 Uhr; jeden Freitag nur vormittags von 9 bis 12 Uhr; alle übrigen Wochentage, vormittags von 9 bis 12 Uhr, nachmittags von 2 bis 4 Uhr. Die Sprechstunde am Donnerstag Abend fällt von nun an weg.

Briefwechsel der Schriftleitung.

Berichtigung. In dem Artikel „Christlich-National“, in Nr. 23 d. Ztg., Seite 219, zweite Spalte, vorletzter Absatz, zweite Zeile von oben ist die Jahreszahl 1914 in 1904 umzuändern, was die geschätzten Leser bereits bemerkt haben werden.

Ein weiterer Fehler ist in derselben Nummer, auf Seite 221, zweite Spalte, 14. Zeile von oben enthalten. Es heißt dort: „Der soz.-dem. Stadtverordnete Orth, Mitglied der Sozialpolit. Kommission“. Sozialdemokratische Stadtverordnete gibt es nämlich in Köln nicht. Herr Orth ist Mitglied der Sozialpolitischen Kommission des Kartells der freien Gewerkschaften in Köln a. Rh. Wir bitten, dies sinngemäß richtigzustellen.